Hungerstreik 1989

Info 13 11.5.89

Herausgegeben von den **Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD**

Erklärungen/Briefe von Gefangenen

Erklärung von Ali, Bernhard und Michael

wir haben am 10. april 1989 den kollektiven hungerstreik wieder aufgenommen. — diesmal unbefristet. wir wollen die zl durchsetzen, gegen die vernichtenden bedingungen, die in den hochsicherheitstrakten herrschen, genauso gegen die faktische isolation, welche den sogenannten normalvollzug kennzeichnet. wir brauchen die zusammenlegung, um miteinander reden zu können, untereinander und mit euch draußen. wir brauchen die zusammenlegung, um an der diskussion teilnehmen zu können, an der auseinandersetzung in der gesamten linken. die entwicklung des streiks in den jetzt 11 wochen hat gezeigt, daß viele menschen aus ihrer eigenen situation diese forderung teilen. viele aus den unterschiedlichen spektren der linken machen sich die forderung zu eigen und betonen ihren willen und die notwendigkeit der auseinandersetzung mit uns gefangenen. genauso wird der kampf auch in den knästen von vielen als notwendig und legitim begriffen, denn er richtet sich gegen bedingungen, mit denen letztendlich alle im knast konfrontiert sind, und gegen die auch ständig mit den unterschiedlichsten mitteln gekämpft wird.

heute ist der 76. tag unseres kampfes. die unterbrechung von christa und karl-heinz, jetzt in dieser zuspitzung, schafft nicht nur notwendigen raum für weiteres politisches überlegen und handeln, sondern zeigt auch klar die neue qualität des revolutionären kampfes hier und jetzt. zu so nem zeitpunkt nochmal aufmachen zu können, ist eindeutig ausdruck unserer stärke und gleichzeitig der unserer festen entschlossenheit, jetzt nicht mehr loszulassen. unsere ganz subjektiven gefühle zu dieser konfrontation sind mit viel angst verbunden, einerseits angst um die genossinnen und genossen, aber auch vor den einem selbst drohenden konsequenzen. es ist aber so, daß nach dieser, an anders relativ kurz bemessenen zeit, dem einen jahr, wo wir jetzt gefangen sind, es vollkommen klar ist, daß es so, unter diesen bedingungen, nicht geht. es ist nicht freude, die uns diesen kampf führen läßt, sondern die erkenntnis: um als integere menschen und kommunisten hier überleben zu können, brauchen wir mehr wie 7 1/2 qm, ein klo, dreimal am tag zu essen und dreimal am tag lauwarmes wasser für kaffee. auf die briefe- und thermoskannenzählerei wollen wir schon gar nicht eingehen, das zeigt einzig deren niveau. wir brauchen die möglichkeit, uns mit genossinnen und genossen auseinandersetzen zu können, unüberwacht zu kommunizieren, politisch zu arbeiten, an uns zu arbeiten, aber auch spaß miteinander und aneinander zu haben — schlicht um zu leben. wir führen diesen kampf aber nicht einfach zum erhalt unserer subjektivität, es ist in den grundzügen der gleiche kampf, wie er draußen läuft, nämlich die individualisierung überwindend die bedingungen des lebens und kämpfens zu verändern. darin ist für uns in diesem kampf auch das offensive moment, nämlich dort, wo wir unsere vereinzelung durchbrechen, kollektiv unsere handlungsfähigkeit wiedererlangen und mit aller entschlossenheit für die durchsetzung unserer ziele kämpfen. dazu ist zu sagen, daß unser kampf nicht in erster linie kampf gegen knast ist. wir sind hier vor diesem sondergericht, genannt staatsschutzsenat, weil wir kommunisten sind. unser kampf ist der kampf, eine gesellschaft zu errichten, in der die macht in den händen des volkes, der völker liegt.

wir wissen, daß die bedingungen in den metropolen sowie im trikont äußerst schwierig sind. viele menschen, speziell hier in der metropole, sind in den imperialistischen und patriarchalen herrschaftsapparat integriert, zu viele! unser kampf muß bewußt dahin geführt werden, in konsequenz all diese menschen zu erreichen. wir machen uns etwas vor, wenn wir uns nicht immer bewußt machen, daß wir insgesamt noch weitgehend isoliert sind. die ausgebeuteten massen hier in der metropole, viele der ausgegrenzten, sehen unseren kampf noch nicht als revolutionäre alternative, um die existenziellen nöte und ganz elementaren ängste abzuwenden und selbst, mit uns, für eine selbstbestimmte zukunft und gesellschaft zu kämpfen. die letzten wahlen in berlin und hessen, die wahl der faschistischen republikaner und npdler, die aussagen aller staatstragenden parteien, in diesen wochen und monaten, sind ganz klare signale, daß sich die gesellschaftlichen widersprüche zuspitzen. je rechter sie sind, die parteien, mit umso markigeren sprüchen und parolen wollen sie uns weismachen, sie hätten für das volk, und das sind wir, lösungen. wir wissen aber, wie diese lösungen aussehen, denn wir sind alle objekte derselben ausbeutung, ob türken, tamilen, jugoslawen wie deutsche etc. die ganzen lösungsstrategien, welche die herrschenden entwickeln, dienen nur der profitmaximierung der zunehmend monopolisierten großkonzerne, wie z.b. der binnenmarkt 1992. nicht wir profitieren von den geöffneten grenzen, sondern wir werden gegeneinander ausgespielt, um die zunehmende entrechtung durchzusetzen, die eine verschärfte ausbeutung der menschen im zuge der rationalisierungsmaßnahmen ermöglicht. während bei ihnen die gewinnspannen in die höhe schnellen, sind es



Demonstration am 29.4. in Bonn (Foto: Burkhard Maus)

bei uns die zahlen der ausgegrenzten. es ist offensichtlich, daß der kapitalismus nicht im interesse der gesamten menschheit wirtschaften kann — es ist offensichtlich, daß der kapitalismus nicht in der lage ist, nach ökologisch überlebensnotwendigen gesichtspunkten zu wirtschaften. das prinzip und die grundstruktur des kapitalismus basiert immer auf konkurrenz: konkurrenz unter den menschen — konkurrenz unter den metropolen — konkurrenz und ausbeutung der metropolen gegenüber dem trikont. das ist die grundlage des kapitalismus. billiger, am besten billigster massenproduktionsprozeß ist das elexier, von dem der kapitalismus lebt. das bedeutet, daß nicht nur millionen von menschen im trikont diesen konkurrenzkampf nicht überleben, sondern auf dauer dieser ganze planet nicht. der kapitalismus wird uns um seiner selbst willen vernichten. dagegen ist revolutionärer widerstand nicht nur ein recht, sondern pflicht.

die hochkommenden faschisten hier in der metropole sind nur der konsequente arm von diesem mörderischen sozialdarwinismus. rassismus, antisemitismus sind ausdruck davon. dem kann nur der proletarische internationalismus begegnen. internationale solidarität auszudrücken, sie nicht als reine parole verwischen zu lassen, heißt, den kampf gegen die immer stärker werdende faschisierung der herrschenden politik zu führen, theoretisch und praktisch. es ist aber wie der kampf gegen knast: nur den knast zu bekämpfen oder kundgebungen/treffen der faschisten zu behindern oder verhindern, ist zwar richtig und immer notwendig, bedeutet aber grundsätzlich keine gesellschaftliche lösung. radikale politik heißt, an die wurzel gehen. linke kommunistische politik heißt, die wurzel der kapitalistischen und patriarchalen herrschaft anzugreifen. immer aus dem bewußtsein heraus, daß es unmöglich ist, diese gesellschaftsform zu reformieren, in welcher wenige den kuchen essen und der großteil der menschheit, wenn überhaupt, die krümel abbekommt. revolutionäre kommunistische politik heißt auch, den menschen immer nahezubringen, daß der kampf nicht gegen sie, sondern für sie ist. genauso wie wir uns immer bewußt machen müssen, daß wir nur siegreich sein werden, wenn wir ihn mit den massen hier führen. nicht einzig die destabilisierung des imperialistischen herrschaftsapparates im zusammenhang mit den befreiungsbewegungen im trikont darf den alltag der revolutionären linken bestimmen. wir müssen uns die stabilität revolutionärer positionen innerhalb der verschiedenen bewegungen erkämpfen und in die massen tragen. wie das umzusetzen ist, praktisch und theoretisch, daran müssen wir arbeiten. unter anderem müssen wir offener werden, d.h. politisch offener. unser verhältnis zu andern nicht nur an den differenzen, an den unterschieden messen, sondern auch, und das ist ganz wichtig, an deren ernsthaftigkeit. denn die ist letztendlich die grundsubstanz zur revolutionären umwälzung. das ist auch der punkt, wo sich viele gedanken machen müssen über die eigene ernsthaftigkeit, denn viele kämpfen die revolution im kopf oder nur mit starken parolen und kommen nicht darüber hinweg. die ernsthaftigkeit beginnt dort, wo einem klar ist, der gegner ist mächtig, sogar mörderisch, wie er tagtäglich beweist, hat eine moral, die nur aus fressen besteht. und diesen gegner gilt es konkret mit allen mitteln zu bekämpfen, mit jedem und jeder seiner/ihrer möglichkeiten. wichtig ist das ziel und der permanente kampf, um die einheit in dem revolutionären prozeß zu entwickeln.

drinnen und draußen heißt, daß der kampf gegen knast, gegen ein uns alle betreffendes repressionsmittel, integriert sein muß in alle kämpfe und auseinandersetzungen, in denen menschen stehen. es geht (wie schon gesagt) nicht um einen speziellen kampf gegen knast, aber dieser inhalt muß überall mit dabei sein. aus dem historischen wie dem aktuellen bewußtsein, daß knast und politische justiz für die bourgeoisie eines der konsequentesten mittel ist, antagonistische und kämpfende oder sich einfach den kapitalistischen verwertungsansprüchen entziehende menschen zu disziplinieren und gegebenenfalls zu vernichten. die ernsthaftigkeit und konsequenz, wie der eigene kampf, der am jeweiligen ort, auf der jeweiligen ebene, genauso wie mit den unterschiedlichsten mitteln geführt wird, ist für uns **mit** eine bedingung, die zusammenlegung zu erreichen. das und der kampf um das zusammenkommen der revolutionären kräfte ist bedingung für befreiung.

welche kraft wir zur durchsetzung der zusammenlegung jetzt erreichen, hängt entscheidend davon ab, wie es uns gelingt, schon in diesem kampf die offene auseinandersetzung und die breite mobilisierung in allen teilen der linken zu entwickeln. die stärke der mobilisierung hat gezeigt, wie weit dieser prozeß schon ist, und im gemeinsamen kampf, drinnen und draußen, haben wir ihn in den letzten wochen um wichtige schritte vorangetrieben. schritte, die für die gesamte entwicklung der linken hier von grundsätzlicher bedeutung sind, deren tragfähigkeit davon abhängt, wie der kampf um die zusammenlegung jetzt weiter verläuft. ob wir die durchsetzungskraft entwickeln können, die durch die herrschenden angestrebte vernichtung möglichst vieler genossinnen und genossen zu verhindern. so nötig diese stärke jetzt im kampf um die durchsetzung der zusammenlegung ist, so ist umgekehrt die zusammenlegung auch ein wichtiger schritt, die gemeinsame auseinandersetzung aus den unterschiedlichen kämpfen weiterzuentwickeln, auf dem weg zu ner starken und einheitlichen revolutionären linken.

Ali Jansen, Michael Dietiker, Bernhard Rosenkötter
17. april 1989

Brief von Dieter Glatz zu seiner Verlegung nach Bruchsal

liebe kinder, frauen, männer — hab euer telegramm gekriegt. besten dank. nun, zur situation ist folgendes zu sagen/schreiben: ich wurde am dienstag nachmittag von einem sicherheitsbeamten der vollzugsanstalt mit einer verfügung überrascht, die meine verlegung angeordnet hat. an diesem tag wurde ich dann in den bunker verlegt, mit einem kleinen handgepäck — trinken, rauchen, schreibmaterial. morgens um 5 Uhr 30 wurde ich dann mit einem einzeltransport in die vollzugsanstalt ludwigsburg gebracht, wo ich dann kurzen aufenthalt hatte, und dann schließlich mit einem sammeltransport (viehwagen) nach bruchsal verfrachtet wurde. es dürfte klar sein, daß ich nicht freiwillig hier her wollte und dies auch jetzt noch nicht will. einfach deshalb, weil ich von den mitgefangenen, mit leuten zusammen war und jetzt auch noch brieflich bin, die zusammen die knastsituation aufgearbeitet haben und zusammen der entschluß, die letzte konsequenz, erarbeitet wurde, eben gegen diese reaktionären knastmethoden anzukämpfen, in einen hungerstreik gemeinsam gegangen sind.

durch diese verlegung, der ich ja nicht alleine unterworfen bin, sondern auch der andreas haas, den man auf den hohen asperg verlegt hat am selben tag, ist klar geworden, daß sie unseren kampf spalten, zerstören wollen. sie meinten, daß durch eine verlegung die gefangenen dann aufhören werden zu kämpfen, daß ihnen die luft ausgeht, bzw. die gemeinsame arbeit zunichte machen wollten. das wird ihnen nicht gelingen. weil einfach und auch faktisch hat sich nichts geändert, wir sind immer noch im streik, wir verweigern immer noch die arbeit, wir werden weiterhin kontinuierlich gegen diese reaktionären mittel ankämpfen, immer gegen diese zwangsmaßnahmen ankämpfen, gegen diese sondermaßnahmen, denen der einzelne unterworfen ist, eben die isolierung von den mitgefangenen, der sonderhof, die bestrafungen, weil man nicht funktioniert, nicht mitmacht an den schweinereien, die tagtäglich im knast geschehen. ja jetzt, es muß sich festmachen, schrieb ich im februar, und es wird jeden tag fester, in mir, meine gedanken, eben meine kontinuität . . .

dieter. bruchsal, 24.4.89

HS-Erklärung der Gefangenen aus Action Directe

Teil 1:

Heute nehmen wir Militante der kommunistischen Organisation Action Directe unseren Kampf mit dem Hungerstreik für die Realisierung unserer zwei Forderungen wieder auf: Zusammenlegung durch den Status als politische Gefangene. Schließung der Isolationsabteilungen verstärkter Sicherheit (Q.I.S.R.). Sie sind unsere kollektive Antwort auf die Strategie, die die Macht gegen uns aufbietet, gegen die revolutionären Gefangenen. Diese Strategie ist nicht spezifisch für Frankreich. Der aktuelle Kampf der Militanten aus der RAF und dem Widerstand in der BRD zeigt klar die westeuropäische Dimension dieses Kampfes.

Die Problematik der Behandlung der politischen Gefangenen findet sich in jedem westeuropäischen Staat wieder, der mit einer Guerilla konfrontiert ist, und je mehr die Homogenisierung dieser geopolitischen Zone voranschreitet, desto offensichtlicher die Notwendigkeit, ihre (der politischen Gefangenen, Anm. d. Ü.) Existenz zu normalisieren. Diese Notwendigkeit stützt sich auf eine Spaltung in Harte und Wiederzurückholbare, in „Unbeugsame" und Adepten der „politischen Lösung". Tatsächlich: Jene, die weiterhin die parlamentarische Demokratie als Werkzeug der Diktatur der Bourgeoisie und folglich den bewaffneten Kampf als strategische Notwendigkeit für die proletarische Lösung der Konfrontation zwischen den Klassen, der Konfrontation internationales Proletariat/imperialistische Bourgeoisie betrachten; und jene, die unter mehr oder weniger feigen Vorwänden, mehr oder weniger geschickt, die Integration in das Unterdrückungssystem der Bourgeoisie propagieren, so dessen Ausbeutung legalisierend, und in der Tat nur versuchen, in einer immer zugespitzteren

Konfrontation zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Revolution und Konterrevolution ihre Haut zu retten.

Angesichts dieser Politik der Differenzierung und in der klaren Wahrnehmung, daß die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa den durch die aktuelle Phase diktierten Notwendigkeiten entspricht, muß unsere Antwort von der Tatsache ausgehen, daß „das unmittelbare Ziel der Kommunisten das gleiche ist wie das aller Fraktionen des Proletariats: Organisation der Proletarier in die Partei der Klasse, Zerstörung der bürgerlichen Vorherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat". Ausgehend von dieser Aufgabe erklären wir unsere Zusammenlegung als unverzichtbar für die organisatorische Kollektivität in einer Notwendigkeit der Kommunikation. Der Kampf für die Zusammenlegung ist in ein Verhältnis der politischen Kommunikation einzuordnen, der Einheit in unterschiedlichen proletarischen und antiimperialistischen Realitäten im Aufbau der revolutionären Projektualität und in der Entwicklung des Befreiungsprozesses.

Und in dem Maß, als es darum geht, die im imperialistischen Gefängnis in Gang gesetzte Strategie der Differenzierung und Individualisierung zu zerschlagen, sagen wir, daß die Schließung der Q.I.S.R. die andere Seite unserer Arbeit ist. Die Q.I.S.R. sind ein Instrument dieser Politik, und ausgehend von ihrem Sinn verbinden wir diese zwei Forderungen. Genau ist der Inhalt der Zusammenlegung durch den Status des politischen Gefangenen: ... (Es folgt ein Teil der Forderungen, die am Schluß des zweiten Teiles der Erklärung widergegeben ist, Anm. d. Ü.)

Teil 2:

Daß die Konfrontation zwischen Proletariat und Bourgeoisie, verflochten mit jener zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern, international sei, da gibt es keine Frage mehr! Daß dabei kein Raum ausgespart bleibt, ergibt sich aus ihrer Realität.

Seit unserer Verhaftung aufgrund unserer Eigenschaft als Gefangene des Klassenkrieges einem Vernichtungsprogramm durch strengste Isolationsfolter unterworfen, begannen wir, seit dem 1.12.87, dieses mit einem Hungerstreik zu bekämpfen, den wir am 26.3.88 unterbrochen haben. Heute, am 20.4.89, bestimmen wir das Ende dieser Unterbrechens und nehmen diesen Kampf offen und unbegrenzt wieder auf. Es wird sich nicht um einen Streik in Erwartung weiterer Streiks handeln. Sein Abschluß wird nicht eine weitere Unterbrechung sein. Wohl aber die Erfüllung unserer Forderungen oder unsere Ermordung.

Während dieser 13 letzten Monate sind viele Entwicklungen eingetreten. Hier war die bedeutungsvollste der Sesseltanz Arpaillange/Rocard und in den darauffolgenden Monaten für uns die vollständige Infragestellung dessen, was wir durch unseren Kampf von der früheren Regierung bekommen haben. In anderen westeuropäischen Staaten fanden diese Entwicklungen in anderer Form statt. Aber alle haben eine hauptsächliche Gemeinsamkeit: die Zuspitzung der Repression in den Gefängnissen und speziell gegen die politischen Gefangenen, welche das Bereuen oder den Verzicht auf ihre Identität zurückweisen. Eine Repression, angeordnet und koordiniert durch die NATO, die Europäische Kommission (Unterausschuß Justiz/Gefängnisse) und die TREVI-Gruppe, gemäß den Direktiven der Differenzierungen, der Normalisierung und der Vernichtung. In der Tat ist das Gefängnis das Terrain, auf dem sich durch eine Zuspitzung der Strategien von Sicherheit und Repression die autoritäre und reaktionäre Versteifung der Bourgeoisie gegen die gesamten Volksschichten und speziell gegen das Proletariat in der Gesellschaft enthüllt. Dies war speziell wahrnehmbar und spürbar für alle in den imperialistischen Gefängnissen Westeuropas inhaftierten Revolutionäre.

Dieser Repression, diesen Direktiven und diesem Vernichtungsprogramm setzen wir, wie wir gesagt haben und wie andere Genossen es immer gesagt haben, durch den Kampf unsere Entschlossenheit entgegen: Zusammenlegung als Wiederaneignung sozialer Beziehungen, von Kommunikation, von Kollektivität als politische Entwicklung gegen die Isolationsfolter.

Heute verbinden und vereinigen wir also unsern Kampf mit dem unserer gefangenen Genossen der RAF und des Widerstandes, die seit dem 1.2.89 für ihre Zusammenlegung kämpfen. Dadurch sind wir uns bewußt, daß wir nicht nur diesem oder jenem spezifischen und respektiven Staat gegenüberstehen, sondern einem geformten Ganzen, in dem die nationalen Besonderheiten nur zufallsbedingt und sekundär sind. Aber dies ist die reale Ebene der imperialistischen Formierung, die jeden Raum besetzt.

Unser Kampf ist also ein unbegrenzter politischer Kampf gegen die internationale Verflechtung, ausgehend, von nun an, von den Gefängnissen der Staaten der französisch-deutschen Achse in der westeuropäischen internationalen Metropole — und darüber hinaus!

Unverändert sind die Forderungen, die wir als Knotenpunkt von Leben oder Tod bestimmen:

— **Zusammenlegung durch den Status des politischen Gefangenen** aller inhaftierten Militanten, die mittels der verschiedenen „normalen" und Sondergesetze verfolgt werden — dadurch

— die wirkliche Zusammenlegung der Militanten einer nämlichen Organisation im gleichen Gefängnis und ohne Einschränkungen wie: die Art der Anklage, der Vorwand der Strafuntersuchung, das Geschlecht etc.,

— tägliche achtstündige Versammlungen, gemeinsame Räume, die Zellentüren offen und freier Verkehr von einer zur anderen,

— weder Zensur noch Beschränkungen von Texten, Broschüren, Büchern, Traktaten, Korrespondenz, Zeitungen etc., in allen Sprachen,

— Recht auf einen normalen Verkehr dieser Korrespondenz und der Gesamtheit dieser Informationsmöglichkeiten, also Ende von mißbräuchlichen Zurückhaltungen, Verschwinden etc.,

— keinerlei Einschränkung der Besuchsbewilligungen,

— erweiterte Zusammenlegung auf alle politisch nahestehende Gefangene, Gruppen oder Organisationen, die das wünschen, also eine Zusammenlegung, deren Zusammensetzung gemäß der freien Wahl des und der betroffenen Militanten abläuft,

— Ende der Deportationspolitik und also Zusammenlegung in einer Herkunftsprovinz oder Herkunftsland, für die, welche es verlangen,

— kollektive Sprechstunde mit dem Anwalt oder den Anwälten,

— kollektive Sprechstunden mit den Besuchern, wenn die Militanten dies als notwendig bestimmen,

— **Sofortige Schließung der Isolationsabteilungen verstärkter Sicherheit.**

Die gefangenen Militanten der kommunistischen Organisation Action Directe: Nathalie Ménigon, Joelle Aubron, Georges Cipriani, Jean Marc Rouillan. 20.4.89

Aktuelles aus den Knästen

Aichach. Die Meldung im Hungerstreik-Info 12, S. 5, daß Brigitte Mohnhaupt kein Mineralwasser erhalte und deshalb eine Nierenerkrankung habe, beruht auf einer Fehlinformation. Die als bevorstehend gemeldete Verlegung ins Krankenhaus ist jedoch inzwischen erfolgt: Seit letzter Woche ist sie im Knastkrankenhaus Stadelheim.

Straubing. Rolf Heißler wurde am 3.5. in das Spital im Knast zwangsverlegt. Wie andere Gefangene ebenfalls bekommt Rolf die „taz" total zensiert.

Moabit. Gabriele Rollnik wurde am 5., Angelika Goder am 8.5. in das Knastkrankenhaus Moabit verlegt.

Lüneburg. Jens Stuhlmann wurde vorerst von Lingen zurück nach Lüneburg verlegt. Er bekommt dort jetzt auch Mineralwasser.

Bruchsal. Dieter Glatz bekommt jetzt Mineralwasser.

Stuttgart. Rolf Hartung schreibt (24.4.): „Bisher hatte ich regelmäßigen Sonderbesuch von meiner 4jährigen Tochter. Über den BGH klappte das. Jetzt ist Richter Herbert Schmid vom OLG Stuttgart zuständig. Er hat den Sonderbesuch gestrichen und nur erlaubt, daß im Einzelfall Besuch mit Trennscheibe stattfinden kann."

Bielefeld/Fröndenberg. Wir weisen nochmals darauf hin, daß Christoph von Hören, Gefangener aus dem Widerstand, wegen seines Rückenleidens (2 Wirbel sind schon zusammengewachsen; es droht totale Versteifung) und der immer wiederkehrenden Lungenkomplikation (Spontapneu) unbedingt einen Arzt seines Vertrauens braucht. Es muß die Haftunfähigkeit geklärt werden, denn unter Gefängnisbedingungen kann er nicht gesund werden. Wir fordern seine Freilassung.

Hannover. Mareile Schmegner wird Do, den 11.5., aus der JVA Hannover entlassen.

Bochum. Am 25.4., dem 20. Tag des Hungerstreiks, wurde Hans Deutzmann zwangsweise ED-behandelt. Gegen ihn wurde eine Einkaufssperre verhängt, die vom 1.5. auf den 5.5. verlängert wurde, so daß ein weiterer Einkaufstermin wegfiel. Daß er Tee und Kaffee über die Knastärztin erhält, hat der Knast abgelehnt.

Hamburg. Rudolf Koepsell wird seit dem 1.5. das Medikament gegen Herzrhythmusstörungen entzogen.

Frankfurt-Preungesheim. Am 8.4. ist Angelika Bloch in den Solidaritätshungerstreik getreten.

Stammheim. Am 15.4. trat Thomas Brunner in unbefristeten Hungerstreik. Er ist seit 1982 Gefangener, die meiste Zeit in Bruchsal — da-

von mehrmals monatelang in Einzelhaft. Nach zwei Ausbrüchen wurde er im Juni 1988 zu weiteren fünf Jahren verknackt. In diesem Prozeß hat er die katastrophalen Haftbedingungen (v.a. Verabreichung von Psychopharmaka gegen Gefangene) zum Thema gemacht, die in Bruchsal Praxis sind. Im Dezember '88 wurde er aufgrund einer Verfügung des Justizministeriums Ba-Wü plötzlich nach Stammheim verlegt. Aus einem Schreiben der Bruchsaler Knastleitung geht hervor, daß mit der Verlegung seine sozialen Kontakte und darüber hinaus seine steigende Widerstandshaltung gegenüber dem Knastsystem zerstört werden sollen. In Stammheim wurde ihm nichts von seinen Sachen ausgehändigt; nicht mal seine Klamotten, Stifte oder Schere. Seit Anfang April sitzt Thomas nun in sogenannter Absonderung, sprich: Toter Trakt. (Seine Hungerstreikerklärung wie auch die anderer kämpfender Gefangener sollen in einer Broschüre veröffentlicht werden.)

Aktivitäten von Angehörigen

Erklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD, 5. Mai

Wir stehen heute vor dem baden-württembergischen Justizministerium in Stuttgart.

Hier ist der Justizminister **Eyrich**. Am 13.4.89 hat Justizminister **Eyrich** öffentlich erklärt, daß er die Zusammenlegung der politischen Gefangenen ablehnt und tote Gefangene in Kauf nimmt.

Christa Eckes und Karl-Heinz Dellwo, die ersten Gefangenen in der Hungerstreikkette, haben am 14.4. nach 73 Tagen den Hungerstreik unterbrochen. Das gab Justizminister Eyrich die Möglichkeit, seine harte Haltung zu verändern und den hungerstreikenden Gefangenen ein Angebot zu machen, das sie annehmen können.

Christa Eckes, Karl-Heinz Dellwo, Brigitte Mohnhaupt und Helmut Pohl haben in ihrer Erklärung vom 14.4 — dem Tag, an dem Christa Eckes und Karl-Heinz Dellwo den Hungerstreik unterbrochen haben — gesagt, daß sie die 3 Länder-Kleingruppen ablehnen, sie sagen dazu:

„. . . Es geht jetzt als erstes um einen Anfang, der den Sinn erhält, den wir in vielen Erklärungen, Briefen usw. gesagt haben. Ein Schnitt nach den 18 Jahren. Eine neue Qualität. Das sind als materieller Kern Gruppen in einer Größe, in der eine Entwicklung möglich ist. Die Kleingruppen, wie bisher geredet wird, sind eine über Jahrzehnte ausgeforschte Variante der Isolation. Etwas anderes machen wir nicht, das ist eine Tatsache. Es wäre nur das alte Elend.

Bevor man davon sprechen kann, was dieser Anfang sein soll, muß definitiv klar sein, daß es ein Anfang **für alle** ist. Wir lassen uns doch nicht in der Mitte auseinanderreißen . . ."

Es sind jetzt über 40 politische Gefangene und viele andere kämpfende Gefangene im Hungerstreik.

Gabi Rollnik und Rolf Heißler sind heute 66 Tage im Hungerstreik! Ihr gesundheitlicher Zustand kann sich jeden Moment zuspitzen.

Und trotzdem: einen solchen Anfang, ein solches Angebot gibt es immer noch nicht!

Justizminister **Eyrich** verkörpert die harte Haltung des Staates und verhindert dadurch eine Lösung für die Zusammenlegung. Deshalb sind wir Angehörigen heute hier und fordern von Justizminister Eyrich, sofort der Zusammenlegung der politischen Gefangenen zuzustimmen, d.h. die Zusammenlegung zu ermöglichen für die Gefangenen, die in Baden-Württemberg im Hungerstreik sind, und Günter Sonnenberg, der haftunfähig ist, freizulassen.

In Stammheim sind Christian Klar, Manuela Happe, Eva Haule, Erik Prauss und Andrea Sievering im Hungerstreik, in Bruchsal Günter Sonnenberg und Carlos Grosser. Wir fordern Justizminister Eyrich auch auf, die Forderungen der anderen kämpfenden Gefangenen in Heilbronn, Stammheim, Bruchsal, Hohenasperg zu erfüllen, die in Solidarität mit den politischen Gefangenen und für eigene Forderungen im Hungerstreik sind.

Wenn Justizminister Eyrich nicht sofort in diesem Sinn handelt, so verletzt er seine Fürsorgepflicht gegenüber den Gefangenen im Hungerstreik, und wir machen ihn dafür verantwortlich, wenn ein Gefangener stirbt.

Unsere Solidarität gilt auch den Gefangenen aus Action Directe, Joelle Aubron, Georges Cipriani, Nathalie Ménigon, Jean Marc Rouillan, die seit 20.4.89 im Hungerstreik sind für die Zusammenlegung entsprechend dem Statut für politische Gefangene.

5. Mai 1989

Beitrag auf der Demonstration Westberlin 15.4.89

Freiheit ist nur im Kampf um Befreiung möglich.

Am 9. November 1974 tagten internationale Mitglieder der illegalen NSDAP im Haus des Deutschen Sports in Hamburg und riefen offen zum bewaffneten Untergrundkampf in der BRD und Westeuropa auf. Am 9. November 1974 starb Holger Meins im Hungerstreik für die Gleichstellung der politischen Gefangenen mit allen Gefangenen. Er starb am 56. Tag des Hungerstreiks. Am 12. November 1974, also 3 Tage später, fand im Bundestag eine seit Wochen geplante Debatte zur inneren Sicherheit statt. Thema: Die Gefahr durch „Terroristen" — gegen die Forderungen der Gefangenen im Hungerstreik. Das Treffen der Faschisten im Haus des Deutschen Sports in Hamburg war nicht Thema: Die Veranstaltung war als private angemeldet. Es bestand für die Bundesregierung kein öffentliches Interesse. Heute sitzen die Freunde der NSDAP von 1974 im Berliner Abgeordnetenhaus. Am 5. April 1989 trafen sie sich in der Stadthalle in Bonn Bad-Godesberg, um ihren Wahlkampf zum Europaparlament einzuleiten. Der 5.4. ist der 64. Tag des Hungerstreiks für Christa Eckes und Karl-Heinz Dellwo. Karl-Heinz Dellwo gehört zum Kommando Holger Meins. Sie kämpfen heute für die Zusammenlegung aller Gefangenen aus Guerilla und antiimperialistischen Widerstand.

Der Hungerstreik 1974/75 begann, nachdem hier in Berlin im Prozeß in Moabit Ulrike Meinhof für die Gefangenen aus der RAF eine Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader — der ersten Aktion der RAF — abgab. Am Ende der Prozeßerklärung sagte sie: „Wir gehen heute in den Hungerstreik." (13.9.1974) In der Prozeßerklärung heißt es:

„die aktion war exemplarisch, weil es im antiimperialistischen kampf überhaupt um gefangenenbefreiung geht, aus dem gefängnis, das das system für alle ausgebeuteten und unterdrückten schichten des volkes schon immer ist, und ohne historische perspektive als tod, terror, faschismus und barbarei; aus der gefangenschaft der totalen entfremdung und selbstentfremdung, aus dem politischen und existentiellen ausnahmezustand, in dem das volk im griff des imperialismus, der konsumkultur, der medien, der kontrollapparate der herrschenden klasse, in abhängigkeit vom markt und vom staatsapparat zu leben gezwungen ist." Und sie sagte weiter: „es bildet sich . . . durch die internationalisierung des kapitals, durch neue medien, durch die gegenseitigen abhängigkeiten der wirtschaftlichen entwicklung, durch die erweiterung der europäischen gemeinschaft, durch die krise auch subjektiv ein internationalismus des proletariats in europa heraus — so daß an seiner unterwerfung, kontrolle, institutionalisierung, unterdrückung die gewerkschaftsapparate schon seit jahren arbeiten."

Mir ist der Satz wichtig: daß sich durch die Krise auch subjektiv ein Internationalismus des Proletariats in Europa entwickelt und daß dazu die Millionen von Arbeitsemigranten in den Ländern Westeuropas gehören. Die Antwort der Faschisten ist „Ausländer raus!" Unsere Antwort ist: Wir kämpfen zusammen. Und weiter heißt es: „. . . die Weltrevolution ist sicher nicht eine Sache von ein paar Tagen, Wochen, Monaten, nicht Sache von ein paar Volksaufständen, kein kurzer Prozeß, nicht die Machtübernahme des Staatsapparates."

Für diese Inhalte stand und steht die Politik der Gefangenen. Für diese Inhalte starb Holger Meins. Für diese Inhalte organisierte sich das Kommando Holger Meins, um durch die Besetzung der Botschaft der BRD in Stockholm die Genossen rauszuholen. Sie scheiterten an der harten Haltung der Bundesregierung. Für diese Inhalte werden die Gefangenen aus der RAF und aus dem antiimperialistischen Widerstand voneinander getrennt, von anderen getrennt und sollen von uns isoliert werden. Weil es darum geht, diese Inhalte nicht öffentlich werden zu lassen. Der damalige Bundesinnenminister Maihofer 1973: Wir müssen alles tun, damit diese Ideologie nicht auf die Arbeiter überspringt. Gegen diese Inhalte setzt die Bundesregierung die Isolationsfolter ein. Deshalb fordert sie, daß die Gefangenen abschwören, deshalb werden psychiatrieorientierte Kleingruppen vorgeschlagen, deshalb lassen sie zu, daß Gefangene sterben, um diese Inhalte auszulöschen. Die Bundesrepublik exportiert ihre Erfahrungen und Forschungsergebnisse mit Isolationsfolter innerhalb Europas nach Frankreich, England, Italien, Spanien, jetzt auch Griechenland. Sie versucht unter der Zielvorstellung Europa 1992 eine einheitliche Gesetzgebung innerhalb Europas gegen Revolutionäre und antiimperialistischen Widerstand und gegen soziale Bewegungen durchzusetzen unter dem dem Vorwand des Kampfes gegen den Rauschgifthandel und gegen Terrorismus.

Es liegt an uns, ob wir die Vereinheitlichung Westeuropas, dieses Europa 1992 in ihrem Sinne zulassen — oder ob wir hier, um der

Menschenrechte willen, ihnen mit den Gefangenen zusammen das Instrument der Isolationsfolter zerbrechen, indem wir den Kampf heute für das Zusammenkommen im Knast!, — wir reden nicht von Freilassung! — unterstützen und dabei selbst, wir unter uns zusammenkommen.

Während sich die Faschisten organisieren — und natürlich sind sie keine Gefahr für Kapitalismus und Imperialismus — im Gegenteil, sie nehmen ihnen viel Drecksarbeit ab — während sich die Faschisten organisieren, ihre Inhalte verbreiten können, wird hier jeder sozialrevolutionäre und antiimperialistische Widerstand nach Möglichkeit ausgeschaltet, isoliert, ermordet. Dies hat seine Geschichte — eine blutige Geschichte vom Mord an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Erich Mühsam, Ernst Thälmann, 11 Millionen Ermordete in den Konzentrationslagern, davon 6 Millionen Juden. Und nach 1945: 1953 Philipp Müller, 1967 Benno Ohnesorg, 1968 Rudi Dutschke, 1971 Georg von Rauch, 1974 Holger Meins, 1976 Ulrike Meinhof, 1977 Stammheim, 1985 Günther Sare — ich will sie nicht alle aufzählen, weil es nicht um eine Totenehrung gehen soll. Lebten sie alle, wären die frei, die jetzt um Zusammenlegung kämpfen, die Faschisten und Imperialisten hätten es verflucht schwer! Darum geht es!

Zu den Menschenrechten: Der UNO-Menschenrechtsausschuß hat sowohl 1978 als auch 1986 die Bundesregierung wegen der Isolationshaft und der Einschränkung der Verteidigerrechte kritisiert. Aber der UN-Menschenrechtsausschuß hat keine Macht, das Recht auf menschenwürdiges Leben, auf Schutz gegen Folter und menschenunwürdige Behandlung durchzusetzen, wenn es hier nicht eine breite Bewegung für eben diese Rechte gibt. Diese Bewegung kann er unterstützen. Die Durchsetzung des Rechtes auf ein menschenwürdiges Leben gegen Folter und unmenschliche Behandlung ist unsere Sache. Allerdings können wir uns — im Gegensatz zum Kampf der Antifaschisten von 1933-1945 — auf international anerkannte Grundsätze beziehen, die von Antifaschisten und Befreiungsbewegungen erarbeitet und in den UNO-Pakten niedergeschrieben wurden. Auch diese Menschenrechte, ebenso wie die der bürgerlichen Revolutionen, Frankreich 1789, USA 1789, UNO 1948, Havanna 1960 (darauf komme ich noch zurück) sind nicht nur am Schreibtisch und auf dem Papier entstanden, sondern wurden mühsam erkämpft. Ob sie blutig erkämpft wurden, ist immer eine Frage dessen gewesen, der ihre Durchsetzung verhindern, der seine Macht mit harter Haltung erhalten wollte. Ich erinnere daran, daß auch unser Grundgesetz von dieser Menschenrechtsvorstellung geprägt war. Aber mit der harten Haltung von Regierung und Parteien gegen eine große breite Bewegung sind 1968 die Notstandsgesetze durchgesetzt und wesentliche bürgerliche Freiheiten eingeschränkt worden.

Uns aber muß es um viel umfassendere Menschenrechte gehen. Als Beispiel möchte ich hier aus der Erklärung von Havanna 1960 — nach dem Triumph der cubanischen Revolution — zitieren; sie sind uns Orientierung: „ ... daß Demokratie nicht allein durch Ausübung des Wahlrechts eines jeden als solche in Wirklichkeit besteht, da meistens die Wahlen nur den Schein wahren und von den Großgrundbesitzern und Berufspolitikern gelenkt werden. Die wahre Demokratie gibt dem Bürger das Recht, über sein eigenes Geschick zu bestimmen ... wenn die Unbemittelten nicht mehr durch schmachvolle Machtlosigkeit gegen ... Systeme soziale Zurücksetzung erleiden ... Das Recht der Völker, ihre militärischen Festungen in Schulzentren umzuwandeln und Arbeiter, Bauern, Studenten, Intellektuelle sowie Neger, Indios, die Frauen, jung und alt und alle Unterdrückten und Ausgebeuteten zu bewaffnen, damit sie ihre Rechte und ihre Lebensbestimmung selbst verteidigen können ... Es ist die Pflicht der Arbeiter, Bauern, Studenten, Intellektuellen, der Neger und Indios, der Frauen und der Alten für ihre wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte zu kämpfen, die Pflicht der unterdrückten und ausgebeuteten Nationen, den Kampf zur Befreiung aufzunehmen; die Pflicht eines jeden Volkes, sich mit allen noch unterdrückten, unter dem Kolonialjoch befindlichen, ausgebeuteten und angegriffenen Völkern zusammenzuschließen, ganz gleich, in welchem Erdteil sie sich befinden und welche Entfernung sie voneinander trennt."

Gegen diese Menschenrechte praktizieren die Imperialisten weltweit die harte Haltung und hier gegen die, die diese Menschenrechte meinen, eben für ihre Durchsetzung kämpfen.

1927 gab es in Deutschland eine starke politische Bewegung zur Freilassung der Gefangenen aus der Münchner Räterepublik und derjenigen, die bewaffnet gegen den faschistischen Kapp-Putsch gekämpft hatten. Es war ein gemeinsamer Kampf, drinnen und draußen. Die Gefangenen kamen frei, u.a. Erich Mühsam. 1934 gab es eine internationale Bewegung zur Freilassung von Ernst Thälmann aus den Klauen der Faschisten. Diese Bewegung scheiterte an der harten Haltung der Faschisten. 10 Jahre später haben sie ihn ermordet. Wo stehen wir heute?

Heute geht es nur um Zusammenlegung der Gefangenen aus Guerilla und antiimperialistischen Widerstand in 1 bis 2 große Gruppen gegen 18 Jahre Isolation. Es ist verflucht wenig, was gefordert wird — aber wir müssen es durchsetzen. Unterstützen wir den Kampf der Gefangenen für die Zusammenlegung in ein bis zwei große Gruppen, für die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen, für freie politische Information und Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Wir wollen mit ihnen zusammenkommen, und zwar hier draußen!

Solidarität Inland

Erklärungen, Grüße, Solidarität:

- Aktionsgruppe gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus in Heidelberg
- Vollversammlung des Fachbereichs Sprachwissenschaften an der Uni HH, 12.4.: „Eine Eingliederung in den Normalvollzug kann für die politischen Gefangenen keine Lösung sein. Ihre Vereinzelung und ihr Getrenntsein voneinander wäre darin nicht aufgehoben. Der Normalvollzug ist ein Programm von Differenzierung, Sonderbestrafung und Isolierung ..." (Brief an das Bundesjustizministerium, Kinkel, und die Justizminister der Länder)
- Brokdorf-BlockiererInnen an die hungerstreikenden Frauen im Knast Westberlin-Plötzensee und an die hungerstreikenden Gefangenen aus RAF und anderen politischen Gruppen: „Mit Grausen sehen wir die Entwicklung des modernen ‚Strafvollzugs', der mit immer grausameren, menschenfeindlicheren Methoden versucht, die Gefangenen zu brechen und zu bedingungslosem Gehorsam in dieser Gesellschaft zu zwingen. Am systematischsten tobt sich diese Art der ‚Resozialisierung' an den Gefangenen der RAF und des Widerstands aus. Und wer mit allen Mitteln nicht zu zerbrechen ist, der soll vom Staat wenigstens lebendig in der Isolation begraben werden. Die Mittel, mit denen Gefangene zerbrochen werden sollen, unterscheiden nicht nach sozialen oder politischen Gefangenen! ... nur gegen die Politischen werden sie systematischer durchgeführt ... Die Hungerstreiks der Plötze-Frauen und der Gefangenen aus RAF und anderen politischen Gruppen gehören zusammen."
- Brokdorf-Blockadeplenum Hamburg
- Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung am 30.4. in Mainz
- Über 400 TeilnehmerInnen einer von Jura-StudentInnen organisierten Veranstaltung in Westberlin am 5.5.
- 40 Teilnehmer und Teilnehmerinnen einer Kundgebung und Demonstration in Konstanz am 21.4.
- 70 TeilnehmerInnen einer Veranstaltung zum Hungerstreik in Leer/Ostfriesland
- TeilnehmerInnen einer Veranstaltung in Basel am 27.4.
- 200 Menschen, die an einer Veranstaltung zu Ingrid Strobl am 28.4. in Essen teilnahmen, schickten einen Offenen Brief an Kohl, Engelhard und Krumsiek.
- Kurdistan-Solidaritätsgruppen aus mehreren Städten, die sich am 29./30. in Bonn trafen.

Kirchen

KHG-Erklärung zum Hungerstreik

Der Gemeinderat der Katholischen Hochschulgemeinde Tübingen erklärte am 27.4.89: „... — Nach wie vor ist der Strafvollzug nicht vom Ziel der ‚Resozialisierung' bestimmt, sondern vom Gedanken der Sühne, Strafe und vorgeblichen Sicherheit — das zeigt sich besonders am Beispiel der Gefangenen unter Sonderhaftbedingungen. Aus unserer Sicht muß Strafvollzug die Möglichkeit zur Umkehr, und d.h. zur Klärung der persönlichen Identität, eröffnen. In einem pluralistischen Staat darf aber ‚Resozialisierung' nicht bedeuten, durch Brechung der Identität gesellschaftliche Widersprüche scheinbar aufzulösen. — Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik wird von staatlicher Seite immer wieder betont, daß man einem sogenannten Erpressungsversuch durch die Gefangenen nicht nachgeben dürfe; tatsächlich handelt es sich beim Hungerstreik um das letzte Mittel der Gefangenen. Woher nehmen staatliche Stellen die moralische Legitimation für ihre Un-

nachgiebigkeit, während sie dem Druck von anderer Seite bereitwillig nachgeben? ... — Es ist paradox: einerseits lehnt der Staat die Bezeichnung ‚politische Gefangene' ab, andererseits verschafft er aber durch Sonderbehandlung und spezielle Gesetzgebung den politisch motivierten Straftätern eine Sonderstellung ..."

Presseerklärung der IKvu

Bonn, den 10.4.1989. Die Initiative Kirche von unten (IKvu) appelliert an die Verantwortlichen in Bund und Ländern, Gesprächsbereitschaft gegenüber den inhaftierten Angehörigen der RAF zu zeigen, die sich im Hungerstreik befinden. Die Gefangenen ... wollen mit dieser letzten Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, die Zusammenlegung in einer oder zwei Gruppen erreichen. Sie fordern also nicht ihre Freilassung, sondern nur eine im Strafvollzug übliche Maßnahme und damit die Beendigung von Haftbedingungen, die nach dem Urteil internationaler Beobachter geeignet sind, die Persönlichkeit der Inhaftierten und ihre Gesundheit zu zerstören ... Die IKvu fordert eine rasche Lösung, die zur Beendigung des Hungerstreiks führen kann, damit der Tod einzelner Häftlinge verhindert wird ...

Hafengeburtstag und Hungerstreik

Am 3.5.89 wurde in der Hamburger Michaeliskirche ein „Festgottesdienst der Kirchen der Stadt zum 800. Hafengeburtstag" in Anwesenheit staatlicher Prominenz und kirchlicher Würdenträger aller Konfessionen zelebriert. Vor Beginn der Predigt wurden der protestantische Hamburger Bischof Dr. Peter Krusche, Hauptpastor Helge Adolphsen und der Ökumene-Beauftragte Pastor Dr. Ingo Lembke darum gebeten, eine 5minütige Erklärung zur Funktion des Hamburger Hafens und zum Hungerstreik zu verlesen. Nachdem dieser Versuch mißlang, verließ eine Gruppe von ChristInnen und NichtchristInnen die Festveranstaltung, wobei ein Transparent entfaltet und eine Parole für die Zusammenlegung politischer Gefangener 2- bis 3mal ausgerufen wurde. Die verhinderte Ansprache hatte folgenden Wortlaut:

„**An die TeilnehmerInnen dieser Festveranstaltung!** Wir sind eine Gruppe von NichtchristInnen und ChristInnen und sind deshalb heute hier in die Michaeliskirche gekommen, um deutlich zu machen, daß es kirchlicherseits nichts zu feiern gibt. Seit Jahrhunderten profitieren die oberen Tausend dieser Stadt aus einem ungerechten Handel mit den Ländern der sog. 3. Welt. Die Profite aus diesem Hafen beruhen — wie inzwischen fast jeder weiß — zum großen Teil auf der Ausplünderung der Rohstoffe und der Arbeitskräfte dort und der Hafenarbeiter hier sowie aus einem florierenden Waffenhandel.

Mit diesem ‚Festgottesdienst' zur Jubelfeier eines solchen Handelsplatzes unterstützt und legitimiert auf ideologischer Ebene nun die Hamburger Kirche diese Praxis — eine niederträchtige, bösartige, hinterlistige Praxis, aus der zwangsläufig Hunger, Folter, Unterdrückung und Mord von Hunderttausenden von Menschen der sog. 3. Welt resultieren. ChristInnen bezeichnen das als Sünde. Das liturgische Zusammenspiel von Staat und Kirchenoberen in dieser Angelegenheit könnte man krass so beschreiben: vorn in der einen Hand die Bibel — und hinten in der anderen Hand den Handelsvertrag, aus dem das Blut trieft.

Mit pseudoreligiösen Ritualen und den scheinheiligen 8 „Fürbitten", die im Anschluß an diese Predigt vorgetragen werden sollen, werden die wahren Verbrechen in diesem Hafen unter den Teppich gekehrt und der 800jährige Handelsplatz **als ganzes** moralisch legitimiert. Und diese Kirchenoberen merken dabei nicht einmal, daß sie sogar ihren eigenen kirchlichen Organisationen wie z.B. ‚Brot für die Welt' und ‚Misereor' in den Rücken fallen, Organisationen, die dort in den drei Kontinenten vor Ort sich für eine gerechte Gesellschaftsordnung einsetzen.

Aber die Menschen in der sog. 3. Welt lassen nicht mehr widerstandslos über sich verfügen. Sie organisieren sich — auch in christlichen Basisgruppen — und leisten Widerstand gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker. Wir fühlen uns mit ihren Kämpfen verbunden und werden sie darin mit unseren Möglichkeiten unterstützen.

Es gibt hier noch einen weiteren Aspekt genau in diesem Zusammenhang, über den auch Sie bereits informiert sind: Seit dem 1. Februar befinden sich die Gefangenen aus der RAF und andere Gefangene aus dem Widerstand im Hungerstreik. Wir solidarisieren uns mit diesen Gefanenen nicht nur, weil wir die Isolationsfolter hier weg haben wollen, sondern auch: weil es ein zentrales Ziel des Kampfes aller Gefangenen aus RAF und Widerstand war und ist, die Unterdrückung der Völker in der 3. Welt abzuschaffen. Wir solidarisieren uns mit den Forderungen der Gefangenen ... Viele kämpfende, soziale Gefangene haben sich dem Hungerstreik mit eigenen Forderungen angeschlossen, z.B. Manfred Klein in Hamburg.

Christa Eckes und Karl-Heinz Dellwo haben am 73. Tag ihren Hungerstreik unterbrochen, um damit die Möglichkeit zu geben, weiter zu überlegen, wie ihre Forderungen verwirklicht werden können. **Diese Unterbrechung ist kein Aufschub.** Es geht nach wie vor um das Leben der Gefangenen. Gabriele Rollnik und Rolf Heißler befinden sich bereits in einer kritischen Situation, heute am 64. Tag ihres Hungerstreiks.

Die Zeit drängt. Wir fordern von der Kirche — statt Jubelfeiern für einen Ausbeutungs- und Tötungsapparat: sich klar und unmißverständlich für die berechtigten Forderungen der Gefangenen einzusetzen. Wir fordern vom Hamburger Senat, sofort hier in Hamburg die Zusammenlegung von einer großen, interaktionsfähigen Gruppe von Gefangenen einzurichten. Ein entsprechender Brief mit den Unterschriften von 109 Persönlichkeiten aus der Hamburger Öffentlichkeit ist dem Hamburger Senat zu Händen des hier anwesenden Ersten Bürgermeisters, Herrn Dr. Henning Voscherau, bereits am 29.4. zugestellt worden. Auch Herr Bischof Dr. Peter Krusche hat einen entsprechenden Brief bereits am 10. April d.J. erhalten, der bis heute nicht beantwortet ist.

Darüber hinaus fordern diejenigen aus unserer Gruppe, die sich einem christlichen Bekenntnis verbunden fühlen, daß die TeilnehmerInnen dieser Festveranstaltung genau in dem von uns geschilderten Zusammenhang das Motto dieses Gottesdienstes im konsequenten Sinne des Evangeliums Jesu Christi zu verwirklichen bestrebt sein mögen — nämlich: **„Anker werfen, Hoffnung schöpfen, Widerstand leisten!"**

Internationale Solidarität

Solidaritätsbotschaft aus den Philippinen

Die Spezialeinheit Häftlinge auf den Philippinen (Task Force Detainees of the Philippines; gegründet 1974 von der Vereinigung der Hauptkirchenführer der Philippinen) spricht den Gefangenen aus der RAF, die im unbefristeten Hungerstreik sind, ihre warmen solidarischen Grüße aus! Wir sind gerade darüber informiert worden, daß Ihr Euch dazu entschlossen habt, in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten. Wir bewundern/begrüßen Euren Mut und Eure Entscheidung, den Kampf trotz Eurer Inhaftierung fortzusetzen. Unsere Organisation setzt sich für den Schutz und die Forderung der Menschenrechte auf den Philippinen und anderen Teilen der Welt ein, wir unterstützen Eure Forderung nach Abschaffung der Isolation (die eine Form von Folter ist) und nach freiem Umgang der politischen Gefangenen als Kollektiv. Diese sind/waren auch in unserem Land unsere ständigen Forderungen. Die verbreitete und systematische Anwendung von Folter, einschließlich des Zurückhaltens der Solidarität, und die Einschränkung der Rechte der Gefangenen werden angewandt, um die Würde und den Geist/Mut von Gefangenen zu brechen. Über Jahre hinweg wurde dies von Gefangenen, wie Ihr es jetzt macht, und durch Gruppen, Organisationen und Institutionen, die weltweit existieren, verurteilt. Wir unterstützen auch Eure anderen Forderungen: ...

Wir sind auch darüber informiert worden, daß Ihr in der Vergangenheit mehrere Hungerstreiks durchgeführt habt, durch die Ihr zum Teil einige Zugeständnisse gewonnen habt, während anderen Streiks mit unfairer und verzerrender Berichterstattung begegnet wurde. Ihr seid dem mit größerer Entschlossenheit begegnet und habt den unabhängigen und kollektiven Kampf tatsächlich fortgesetzt, bis Euren Forderungen mit Recht und Fairneß begegnet wird. Und wie ein großer nationalistischer Filipino, Jose W. Diokno, gesagt hat, „durch organisierte, bestimmte und intelligente Anstrengungen derer, die nicht durch die offenbare Hoffnungslosigkeit der Aufgabe bestürzt sind, und derer, die bereit sind, das Risiko einzugehen, können diese unmenschlichen Praktiken gebremst und einige seiner rigorosesten gemildert werden". In der Tat, Euer kollektiver Kampf sogar im Gefängnis und die solidarischen Bemühungen derer, die außerhalb des Gefängnisses sind, werden Euch Eure Würde und Menschenrechte gewinnen lassen.

Anelyn Z. De Luna, Internationale Solidarität, Arbeitsbüro. 26.4.89

Brief an den deutschen Botschafter in Dublin

Bei einer Kundgebung am 21.4.89 vor der deutschen Botschaft in Dublin wurde dem Botschafter der BRD folgender Brief überreicht:

Staatliche Institutionen/Presse

Schulterschluß der „Demokraten“: Tote werden einkalkuliert, die Verantwortung soll auf die Gefangenen abgeladen werden

Die staatlichen Institutionen, die Parlamentsparteien eingeschlossen, haben die durch die Unterbrechung des Hungerstreiks von zwei Gefangenen gewonnene Zeitspanne dazu benutzt, zusammenzurücken und der Öffentlichkeit Härte zu demonstrieren. Während das FDP-Präsidium darüber beriet, wie man die Verantwortung für den womöglichen Tod von Gefangenen am besten den Gefangenen selbst aufladen könne (fdk v. 12.4.89), rückte die SPD im NRW-Landtag selbst von einer Zusammenlegung in Kleinstgruppen wieder ab. (NRW-Landtag, Drcks. 10/4326, 26.4.89) Der niedersächsische Justizminister Remmers (CDU) bekräftigte zum wiederholten Male, man werde den Forderungen nicht nachgeben und der „Erpressung aus der Zelle“ nicht nachgeben (Welt, 3.5.), seine Westberliner Kollegin Limbach (SPD) sprach zwar in leicht anderen Tönen, lehnt aber de facto ebenso jeden Schritt in Richtung der Erfüllung der Forderungen ab. Der neue Bundesinnenminister Schäuble bezeichnete den Hungerstreik im „Spiegel“ (Nr. 19, 8.5.) als „illegal“ und log auf die Frage des „Spiegel“, was an einem Hungerstreik illegal sei, auf die desinformierte Öffentlichkeit spekulierend: „Wenn man droht, es gebe hinterher Mordanschläge.“

Verbände und Institutionen

Vertrauensleuteversammlung der GEW Hamburg, 26.4.89: Die Versammlung unterstützt die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen und fordert die Bundesregierung auf, umgehend ein verhandlungsfähiges Angebot zu unterbreiten, das alle Gefangenen miteinbezieht.

Fachausschuß Richter und Staatsanwälte in der ÖTV (Vorstand), Hamburg: „Seit 18 Jahren sind die Gefangenen der RAF im Gegensatz zu den gesetzlich vorgegebenen Zielsetzungn des Strafvollzugsgesetzes Haftbedingungen ausgesetzt, die von einer unversöhnlichen Gegnerschaft des Staates ihnen gegenüber und von überzogener Sicherheitsmentalität gekennzeichnet sind. Dies hat bei einigen Häftlingen bis zu psychischer und physischer Haftunfähigkeit, bei den übrigen Gefangenen dazu geführt, daß sie von der politischen Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen weitgehend ausgeschlossen sind. Soweit in einigen Bundesländern gewisse Hafterleichterungen zu verzeichnen sind, gehen diese größtenteils auf frühere Hungerstreikaktionen zurück, in deren Folge auch der Verlust von Menschenleben zu beklagen war ... Die Forderung nach Zusammenlegung findet ihre Rechtfertigung in der Europäischen Menschenrechtskonvention ebenso wie im geltenden Strafvollzugsrecht. Humane Haftbedingungn dürfen nicht von einem Gesinnungswandel der Gefangenen abhängig sein, sie müssen vielmehr zur Selbstverständlichkeit werden ...“ (Leserbrief in der FR vom 8.5., unterzeichnet von Claus-Dieter Loets, Richter am Verwaltungsgericht)

Komitee für Grundrechte und Demokratie: „Die SPD-geführten Länder müßten ‚sogleich die Vorbereitungen für die Zusammenlegung der Gefangenen aus ihren Ländern aufnehmen‘. Es sei auch nicht einzusehen, daß weiter strikt an der Zahl von vier bis sechs Personen festgehalten werde. Die Zusammenlegung müsse mit einer ‚gründlichen Revision der Haftbedingungen‘ einhergehen.“ (taz, 3.5.89)

Westberliner Professoren an Momper und Limbach: „... Der Berliner Senat sollte heute die Initiative ergreifen, die von den SPD-regierten Ländern gegebenen Versprechungen in die Tat veränderter Haftbedingungen und von Zusammenlegung umzusetzen. Die Gruppengröße — ob nun 4, 10 oder 20 Personen umfassend — kann vernünftigerweise kein Hinderungsgrund rechtlich, human und politisch eindeutig gebotenen Handelns sein. Wir halten es darüber hinaus für geboten, gleichfalls sogleich zu beginnen, daß der Berliner Senat aus SPD und AL auf die anderen SPD-regierten Länder und mit denselben zusammen auf die CDU/CSU-regierten ... einwirken sollte, daß diese Länder ihrerseits die Haftbedingungen erleichtern, einzelne gesundheitsgefährdete Gefangene von der Haft verschonen und im übrigen die Inhaftierten in größere Gruppen zusammenzulegen ...“ (Offener Brief von Gollwitzer, Narr und Grottian, taz Berlin, 3.5.)

„Die heutige Kundgebung unterstützt den Protest der politischen Gefangenen in den BRD-Knästen gegen die grausamen und barbarischen Bedingungen, die sie ertragen müssen, einige schon seit 18 Jahren. Wir fordern das Ende dieser grausamen Behandlung und erklären unsere totale Solidarität mit der Kampagne der Hungerstreikenden. Das Benehmen der Verantwortlichen ist ein Verstoß gegen die grundlegendsten Prinzipien von Humanität und zivilisiertem Benehmen. Es ist tatsächlich eine systematische Folter und eine kriminelle Leugnung der grundlegendsten Menschenrechte. Wir bitten Sie, diese Anklage gegen das Verhalten der Verantwortlichen des Knastsystems an Ihre Regierung weiterzuleiten und unsere Solidarität mit den Zielen der Hungerstreikenden zu übermitteln. Ihre Forderungen sind unserer Ansicht nach völlig gerechtfertigt. Wir fordern die Regierung der BRD auf: Das Recht auf Zusammenlegung in große Gruppen zu bewilligen; die systematische Isolation der Gefangenen zu beenden; freie politische Information, Diskussion und Kommunikation zu gewähren; freie Arztwahl ohne staatliche Intervention zu erlauben; Angelika Goder, Claudia Wannersdorfer, Günter Sonnenberg und Bernd Rössner, die alle ernsthaft krank sind und nicht im Knast behandelt werden können, freizulassen; den gerechten Forderungen der Gefangenen nachzugeben.“

Kevin McQuillan (für die Ard Comhairle, Irish Republican Socialist Party)

Grußbotschaft aus der Türkei an die Bonner Demonstration am 29.04.1989

Ihr, die Ihr mit dem Hunger kämpft und für ein menschenwürdiges Leben zu sterben bereit seid, sollt wissen, daß der Tod durch Euch eine andere Qualität gewinnt und wir, die Anhänger von TAYAD, voller Hoffnung darauf warten, den Sieg Eures Widerstandes zu feiern. Viele tausend Kilometer voneinander entfernt schlagen die Herzen für dieselben Ideale. Vor acht Jahren, in diesen Tagen, entfachte Bobby Sands die Flamme der Freiheit. Vor fünf Jahren, wiederum in diesen Tagen, waren es die Häftlinge von Devrimci Sol in den Istanbuler Gefängnissen, die einen Wettlauf mit dem Tod begannen. Und heute seid Ihr es, die mit Euren vom Hunger ausgezehrten Körpern eine Barrikade gegen Gewalt und Terror errichtet. Wir wissen, daß Gewalt und Terror daran zerbrechen werden. Wir wissen, daß der Sieg denen gehören wird, die Widerstand leisten. Wir sind ungeduldig, und wenn wir wüßten, daß Ihr siegt, sind wir ungeduldig, Euren Sieg zu feiern. In unseren Gefängnissen war der Feind auch erbarmungslos, aggressiv und furchtsam. Durch den Tod von vier blühenden Menschen, der Freiheitskämpfer Apo, Fatih, Hasan und Haydar, wurde der Sieg errungen. Der Feind, der sich soweit erniedrigte, daß man sich schämen mußte, einen solchen Feind zu haben, mußte vor ihren vom Hunger ausgezehrten Körpern kapitulieren. Greift auch Ihr zum Sieg, umarmt ihn mit der ganzen Kraft Eurer Arme, und wenn es nicht geht, mit der Kraft Eurer Herzen. Dann werden wir später ausrufen: Wir sind im Recht, wir werden siegen!

TAYAD

(für weitere Informationen hier die Adresse des TAYAD-Solidaritätskomitees: A. Friedetzky, c/o G. Cinar, Postfach 301046, 2000 Hamburg 36)

Weitere Meldungen

Nicaragua. Am 19.4. fand in Managua eine Veranstaltung zum Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD statt. Die etwa 70 TeilnehmerInnen erklären ihre Solidarität und ihre Unterstützung des Kampfes der Gefangenen.

Schweiz. Laut Züricher Zeitungen wurden in der Nacht vom 13. auf den 14. April auf das Lufthansa-Reisebüro und das deutsche Verkehrsbüro in Zürich ein Farb-‚Anschlag‘ verübt; diese Aktion stand im Zusammenhang mit dem Besuch Helmut Kohls in der Schweiz und richtete sich gegen Isolationsfolter in der BRD und deren Export in andere Länder. Ebenfalls in Zürich wurde in der Nacht vom 14. April das Konsulat der BRD von einigen FeministInnen und KommunistInnen heimgesucht.

Initiativen und Aktionen

München. Ca. 300 Menschen nahmen an einer landesweiten Demonstration zur Unterstützung des Hungerstreiks am 6.5. teil. Die Auftaktkundgebung konnte nicht wie geplant vor dem Justizministerium stattfinden, sondern wurde vom Kreisverwaltungsreferat an den Stachusbrunnen verlegt. Die Polizei versuchte mehrfach, aber erfolglos, durch Provokationen die Demonstration zu sprengen. Zunächst versuchte ein Polizeikommando, die frühere Gefangene Monika Berberich, die das staatliche Vorgehen gegen die Hungerstreikenden anprangerte und sich mit dem Hungerstreik solidarisierte, am Weiterreden zu hindern, angeblich wegen des Straftatbestandes § 129a. An der Geschlossenheit der Teilnehmer scheiterte dieser Versuch ebenso wie der Angriff auf ein mitgeführtes Transparent während der Aufstellung zur Demonstration.

Straubing. An der landesweiten Demonstration und Kundgebung am 7.5. vor der JVA Straubing — hier sind Bernd Rössner und Rolf Heißler inhaftiert — beteiligten sich rund 100. Die Gefangenen machten sich durch Schlagen an die Gitterstäbe lautstark bemerkbar und zeigten so, daß sie Kundgebung und Parolen mitbekommen hatten. — Am 3.5. hatten ca. acht Leute eine kleine Kundgebung durchgeführt, die die Polizei ziemlich brutal räumte, wobei eine Frau verletzt wurde und alle ED-behandelt wurden.

Lübeck. Nach einer Diskussion über Zusammenlegung mit ca. 100 Frauen sind 30 Frauen zum Lübecker Knast gefahren und haben dort eine Kundgebung gemacht.

Hamburg. In der Walpurgisnacht am 30.4. fanden ein Frauenfest und -kundgebung am Knast statt, an denen sich ca. 100 Frauen aus den verschiedenen Zusammenhängen beteiligten. In einem Redebeitrag, mit dem Luitgard Hornstein und die anderen gefangenen Frauen gegrüßt wurden, sagten einige Frauen aus dem Frauenhaus in der Hafenstraße: „Wir brauchen diese Auseinandersetzung (untereinander) genauso existentiell wie ihr die Zusammenlegung."

Am 3.5. wurde ein Haus im Kleinen Schäferkamp besetzt und einige Stunden später äußerst brutal von der Polizei geräumt (Haftbefehl gegen zwei Leute). In einem Fugblatt dazu sagen die Leute u.a.: „Wir entscheiden, wie wir leben wollen und mit wem und wann — nicht die Betonklötze, Aufstandsbekämpfungsstrategen, Isofolterer ... Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben führen. Wir wollen uns nicht isolieren lassen ..." Nach der Räumung wurden lt. der „Morgenpost" vom 5.5. die Scheiben des Operettenhauses, der Daimler-Benz-Filiale Millerntor und des Penny-Marktes Schulterblatt eingeworfen.

Am 6.5. nutzten ca. 30 Leute die Fährlinie Finkenwerder-Landungsbrücken, um anläßlich des Hafengeburtstages kurz vor Erreichen des Anlegers an der Schiffswand ein Transparent mit der Forderung nach Zusammenlegung und einer Großgruppe in Hamburg zu entrollen. Gleichzeitig verlasen sie eine Erklärung über Megaphon.

Westberlin. 10000 Leute demonstrierten am 1. Mai in einer revolutionären Demonstration, u.a. gab es zahlreiche Transparente zur Zusammenlegung.

Am 7.5. fand eine Kundgebung am Knastkrankenhaus statt mit ca. 200 Leuten.

Darmstadt. Das „Darmstädter Echo" berichtet, daß am 15.4. einige Leute die Hauswand eines Architekturbüros in der Goethestr. mit Parolen besprüht haben, das an der Planung des Hochsicherheitstraktes Weiterstadt beteiligt war, und ebenso die Fassaden des Staatsbauamtes. Während die zweite Aktion ohne Störungen ablief, wurden während der ersten durch Polizeistreifen acht Menschen vorläufig festgenommen und nach ED-Behandlung wieder freigelassen.

Hanau. Zu Beginn eines Konzertes von Konstantin Wecker in der Hanauer Stadthalle haben einige Leute mit einem Transparent zum Hungerstreik die Bühne erklommen und einen Redebeitrag verlesen.

Freiburg. Am Morgen des 2.5. gab es einen Brandanschlag auf die dortige Niederlassung von Daimler-Benz. Zwei Fahrzeuge brannten dabei völlig aus, die Brandsätze in den anderen Fahrzeugen zündeten nicht. „Der Sachschaden betrage rund 100000 Mark. In der Nähe des Tatortes sei ein Schreiben gefunden worden, in dem die Zusammenlegung von Häftlingen der RAF gefordert werde" (SZ, 3.5.).

Infobüros, HS-Plenen

Lingen/Emsland. HS-Plenum jeden Do, 20.15, Lingener Jugendzentrum

Augsburg. HS-Plenum jeden Di, 19.30, Thing-Nebenraum, Vorderer Lech

Ankündigungen

München. Ausstellung: Bilder von politischen Gefangenen in der BRD, Kunstkeller Neuhausen, Elvirastr., Fr, Sa, So, 17.30-19.30

Hamburg. 11.5., Kundgebung vor dem Knast Fuhlsbüttel, Autokorso zum Knast, Abfahrt 17.00, Hl-Geist-Feld

Barnstorf. 11.5., 20.00, im HS-Info-Büro

Rosenheim. 12.5.89, 20.00, Oberaustr. 3, Informationsveranstaltung zu den Haftbedingungen, mit RAin Waltraut Verleih

Eckernförde. 12.5., 20.00, Rathaussaal, Podiumsdiskussion u.a. mit einem CDU-Vertreter

Lübeck. 13.5., Knastkundgebung, Treffpunkt 16.00 an der Alternative, 17.00 am Knast.

Frankfurt. 13.5. Vorbereitungstreffen zu einem internationalen Kongreß mit Kundgebung in Genf vor der UNO gegen Folter an den politischen Gefangenen in Westeuropa

Gießen. 13.5., Kundgebung, 10.30, vor Horten

Gießen. 14.5., HS-Gruppe des Frauen- und Lesbenplenums Gießen lädt interessierte Frauengruppen ein zu einem Treffen, 10.00, Frankfurterstr. 50, Gießen

Solidaritätskonzerte „Waffen für die Revolution in El Salvador — Zusammenlegung der Gefangenen — JETZT!", München 11.5., Tübingen 12.5., Freiburg 13.5.

In eigener Sache

Wie schon in den letzten beiden Infos berichtet, gibt es ein Ermittlungsverfahren gegen Chr. Schneider (presserechtlich verantwortlich) und unbekannte weitere mit Herstellung und Erstverbreitung befaßte Personen wegen des Info 9. Weiterhin haben wir erfahren, daß am 12.4. bei einer Hausdurchsuchung in Kaiserslautern u.a. die Hungerstreik-Infos Nr. 1-8 sichergestellt und Rebmann zur strafrechtlichen Würdigung zugeleitet wurden.

Der GNN-Verlag hat es sich zur Aufgabe gemacht, Nachrichten zu verbreiten, die sonst nicht in den Medien erscheinen. Das heißt, dieser Verlag entzieht sich der üblichen Medienpolitik.

Wir Angehörigen sind dem Verlag sehr dankbar, daß er unsere Arbeit auf diese Art und Weise praktisch unterstützt. Ohne diese Hilfe wäre ein wöchentlich erscheinendes Info nicht möglich.

Damit diese gute und wichtige Öffentlichkeitsarbeit weiter gemacht werden kann, brauchen wir jetzt die Hilfe aller Gruppen und Personen. Erklärt Eure Unterstützung für die Herausgabe des Infos, damit die breite Leserschaft des Infos sichtbar wird. Wir würden die Unterschriften in unserem Info veröffentlichen. Eine Anklage muß verhindert werden.

Die Angehörigen

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint wöchentlich im GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: für den Verlag: Christiane Schneider; für die Herausgeber: Adelheid Hinrichsen. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/211658. Ein Halbjahresabonnement kostet 20,- DM. Eventuelle Überschüsse werden auf das Spendenkonto der Angehörigen überwiesen. Lieferung nur gegen sofortige Bezahlung oder Einzugsermächtigung möglich. Überweisung bitte auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Hungerstreik Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.